



Stadt Soltau

Bekanntmachung

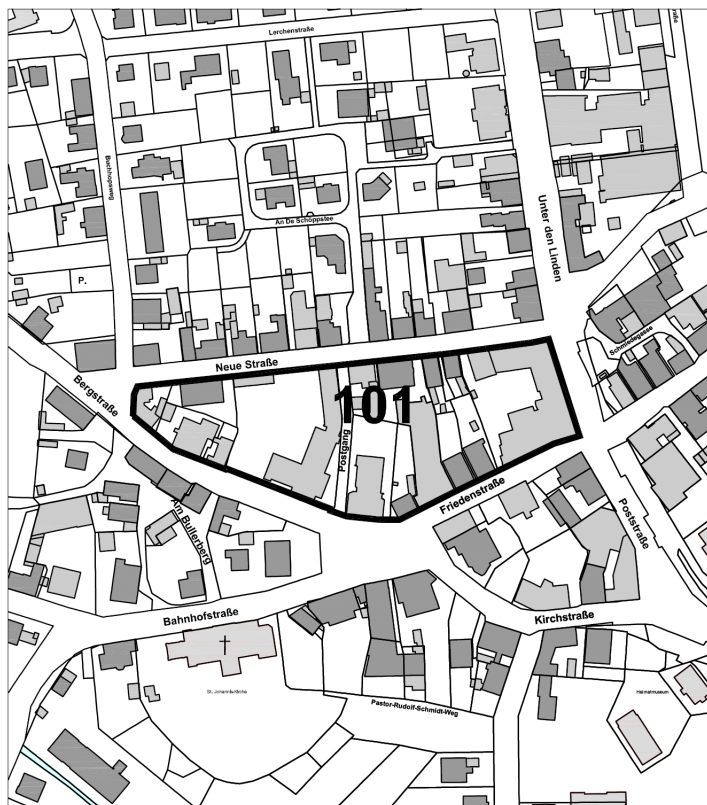
Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 101 "Zwischen Bergstraße, Neue Straße und Friedenstraße" zur Steuerung von Vergnügungsstätten gemäß § 9 Abs. 2b Baugesetzbuch (BauGB) der Stadt Soltau

Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB

Der Rat der Stadt Soltau hat in seiner Sitzung am 19.05.2016 den Bebauungsplan Nr. 101 "Zwischen Bergstraße, Neue Straße und Friedenstraße" zur Steuerung von Vergnügungsstätten gemäß § 1 Abs. 3 und § 10 BauGB sowie des § 84 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) - jeweils in der zurzeit geltenden Fassung - als Satzung beschlossen. Die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 101 wurde ebenfalls beschlossen.

Mit dieser Bekanntmachung in der Böhme-Zeitung tritt der Bebauungsplan Nr. 101 in Kraft.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 101 ergibt sich aus dem nachstehenden Lageplanausschnitt (Grundlage: Verkleinerung ALKIS; vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers: Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, LGLN, Regionaldirektion Sulingen-Verden, Dezernat 3.6, Katasteramt Soltau).



Der Bebauungsplan Nr. 101 "Zwischen Bergstraße, Neue Straße und Friedenstraße" zur Steuerung von Vergnügungsstätten mit dazugehöriger Begründung wird gemäß § 10 Abs. 3 BauGB im Rathaus der Stadt Soltau, Poststraße 12, Fachgruppe 61, Regional- und städtebauliche Entwicklungsplanung, 29614 Soltau, während der Dienststunden von montags bis freitags ab sofort zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan wird außerdem im Internet unter www.soltau.de/bauen eingestellt und kann dort eingesehen werden. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die Veröffentlichung im Internet ein Service der Stadt Soltau ist und sich hieraus keinerlei Rechtsansprüche ableiten lassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Entschädigungsberechtigte gemäß § 40 Abs. 3 Satz 1 BauGB Entschädigungen verlangen können, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Der Entschädigungsberechtigte kann nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BauGB die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei der Stadt Soltau beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt gemäß § 44 Abs. 4 BauGB, wenn die Fälligkeit des Anspruches nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, herbeigeführt wird.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Soltau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Diese Bekanntmachung finden Sie auch im Internet unter der Internetadresse <https://ris.stadt-soltau.de/bekanntmachungen>.

Soltau, den 19.05.2016

Stadt Soltau, Der Bürgermeister, gez. Helge Röbbert, L.S.